



Drohnen liefern Bilder in Echtzeit und erlauben das Töten aus weiter Entfernung.

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs war eine Zäsur in der Geschichte des weltweiten Imperialismus. Er zeigte ein völlig neues Maß an Mechanisierung und eine bis dahin unerreichte Dimension von Brutalität.

Der Grund dafür ist im Besonderen darin zu finden, dass sich bereits zu Beginn des Krieges ein zentrales strategisches Problem stellte: die Kräfteverhältnisse waren relativ ausgewogen. Stellungskriege und Grabenkämpfe mit hohen menschlichen Verlusten und kaum Raumgewinnen im Westen waren die Folge. Daraufhin wurden Strategien entwickelt, die ein hohes Maß an technischer Innovation erforderten. Angriffe wurden zu regelrechten Materialschlachten, die Taktik war geprägt von so genannten Trommelfeuern der Artillerie. Nahkampfwaffen verloren an Bedeutung, stattdessen wurden Panzer, Gewehre mit hoher Reichweite und Giftgas eingesetzt, um die gegnerischen Fronten zu durchbrechen.

Die Geburtsstunde der Massenvernichtung

Der Giftgasangriff von Ypern im Frühjahr 1915 gilt als Geburtsstunde der Massenvernichtung und Sinnbild für die besondere Grausamkeit dieses Krieges. Zwar wurden zuvor schon Gaswaffen eingesetzt, jedoch nicht in vergleichbarem Ausmaß: während des Ersten Weltkriegs kamen ca. 120.000 Tonnen Giftgas zum Einsatz, allein durch die deutsche Armee etwa 52.000.

Der Chemiker Fritz Haber trieb die Entwicklung chemischer Kampfstoffe auf deutscher Seite maßgeblich

voran. Seine Forschungen schufen auch die Grundlage zur Entwicklung des im Holocaust eingesetzten Vernichtungsgases Zyklon B. Noch im Vietnamkrieg kamen massenhaft chemische Waffen, wie Napalm oder Agent Orange, zum Einsatz. Vorherrschende Strategiekonzepte der letzten Jahrzehnte sind auf ein möglichst hohes Maß an Asymmetrie ausgerichtet: große Schäden auf der Seite des Gegners bei möglichst geringen eigenen Verlusten. Dabei spielt auch eine immer größer werdende räumliche Distanz eine große Rolle. Den vorläufigen Höhepunkt fand dies in der Entwicklung von Nuklearwaffen und Langstreckenraketen.

Drohnenkrieg zur Terrorprävention

Gegenwärtig geht es vorgeblich um den „Kampf gegen den Terror“. Das Ziel ist, Anschläge quasi schon vor ihrer Planung zu verhindern. Dabei wird die Zivilbevölkerung in ausgemachten Feindgebieten genauestens unter die Lupe genommen, katalogisiert und anschließend liquidiert. Das geschieht auf Basis von Racial Profiling, getarnt als „Lebensmusteranalyse“: potentieller Täter wird im Grunde jeder halbwegs erwachsene – oft muslimische – Mann, der Merkmale aufweist, die mit terroristischer Aktivität im Zusammenhang stehen könnten. Welche Merkmale das genau sind, bleibt allerdings geheim.

Ausgeführt werden diese Aktionen zunehmend durch bewaffnete Drohnen. Diese sammeln hochauflösendes Videomaterial, das in Echtzeit an Militärbasen übermittelt wird, wo auf dieser Grundlage schließlich der

Befehl zum Töten auf Knopfdruck gegeben werden kann. Der Rahmen, in dem Geheimdienste sich hier bewegen, lässt sich kaum noch als Grauzone bezeichnen: Drohnenangriffe in Staaten, mit denen man sich nicht im Krieg befindet, sind schlichtweg völkerrechtswidrig.

Befürworter von Drohneneinsätzen behaupten gern, dass diese geradezu humanitär seien, da sich die Zahl der Opfer sehr klein halten ließe. Dies mag zwar für die eigene Seite hinkommen – schließlich lassen sich Drohnen von sicheren Militärbasen außerhalb der Angriffsgebiete aus steuern. Für die Zivilbevölkerung ist es jedoch ziemlich egal, von welchen Waffen sie getötet wird. Derzeit wird sogar an Drohnen gearbeitet, die unabhängig von menschlichen Entscheidungen auf Basis von Computeralgorithmen angreifen – ein weiterer Schritt hin zum vollautomatisierten Massenmord.

Hochschulen als Rüstungsfabriken

Fakt ist: eine Schlüsselrolle im modernen Krieg kommt der Fähigkeit zur technischen Innovation und damit auch der Rüstungsforschung zu. Diese findet oftmals nicht nur an militärischen Institutionen, sondern ebenso an öffentlichen Hochschulen statt. Damit steht die wissenschaftliche Praxis an den Hochschulen im krassen Widerspruch dazu, wie sie eigentlich sein sollte: friedlich, gesellschaftsorientiert und unabhängig von kapitalistischen Interessen.

Einige Hochschulen in Deutschland haben Zivilklauseln in ihre Grundordnungen aufgenommen, mit de-

nen sie sich selbst verpflichten, keine Rüstungsforschung zu betreiben. Diese Hochschulen sind allerdings nach wie vor deutlich in der Minderheit. Und auch wenn eine Zivilklausel vorhanden ist, heißt das noch lange nicht, dass an der Hochschule nicht doch militärisch geforscht wird. Fehlende Transparenz, z.B. bei der Drittmittelfinanzierung, erleichtert es, die Klausel zu umgehen. Eine Zivilklausel ist wertlos, wenn die Hochschule sich nicht auch verpflichtet, die Auftraggeber der Projekte deutlich zu benennen.

Um Rüstungsforschung endgültig von den Hochschulen zu verbannen, ist eine Zivilklausel nur der erste Schritt. Langfristig muss erreicht werden, dass Rüstungsforschung an öffentlichen Hochschulen direkt durch entsprechende Gesetze unterbunden wird. Die Geschichte zeigt uns aber, wie wichtig es ist, aktiv zu werden und Zivilklauseln an der eigenen Hochschule zu erstreiten! ★

Tabea Hartig ist im SDS Leipzig aktiv und studiert nebenbei Germanistik. Sie findet, Worte sind die einzigen Waffen, die etwas an der Hochschule zu suchen haben.



ANZEIGE

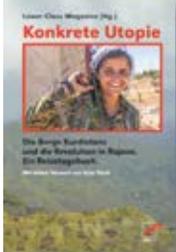
Neuerscheinungen

Noam Chomsky
Zuversicht in Zeiten des Zerfalls
 Warum wir trotz Terror, Trump und Turbokapitalismus optimistisch bleiben sollten
 216 Seiten | 16 €



Noam Chomsky über den Zustand der Welt und Widerstand in Zeiten von Trump & Co.

Lower Class Magazine
Konkrete Utopie
 Die Berge Kurdistans und die Revolution in Rojava – Ein Reisetagebuch
 192 Seiten | 14 €



Essayistischer Reisebericht, politische Reflexionen, Analysen und Vor-Ort-Interviews

UNRAST Verlag
www.unrast-verlag.de